

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	14. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	28. Juli 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Südwerk-Bürgerzentrum Südstadt, Henriette-Obermüller-Straße 10, Karlsruhe
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

**Punkt 11 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen und Stiftungen:
Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2014
Vorlage: 2015/0349**

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - von dem Beteiligungsbericht 2014 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Gibt es da Diskussionsbedarf - Herr Stadtrat Kalmbach. Jetzt sprudeln die Wortmeldungen. Fangen Sie trotzdem mal an, Herr Kalmbach.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Dieser Beteiligungsbericht macht auf den ersten Blick den Eindruck, gerade noch geht es ganz gut, gerade noch davon gekommen. Wenn man aber genauer hineinschaut, werden Entwicklungen sichtbar, die mir ehrlich gesagt etwas Angst machen. Schauen wir mal in die KVVH rein. Wir haben hier zum ersten Mal mit 7 Millionen eine negative Zahl stehen. Bisher haben wir als Stadt immer noch etwas abbekommen. Jetzt geht es in die andere Richtung, d. h. wir müssen jetzt unterstützen. Wir müssen unsere Töchter jetzt von unserer Seite unterstützen. Wenn wir die Stadtwerke im Einzelfall angucken, haben wir bei den Stadtwerken immer über 20 bis 26 Millionen im Rahmen der Abführungsgewinnbeteiligung bekommen. Die Stadtwerke haben über Jahre hinweg permanent ein Minus an Gewinn eingefahren. Meine Sorge ist die, dass es so weitergeht. Wenn wir schauen, wie sich der ganze Energiebereich im Land entwickelt, wie es in Zukunft läuft, werden wir erfahren, dass mit dem Energiegeschäft, mit dem Gasgeschäft, zukünftig keine großen Geschäfte mehr zu machen sind. Schauen wir uns die VBK an. 28 Millionen Defizit, steigend. Schauen wir uns das ge-

nauer an, wie die Zukunft aussieht. Das Land wird zukünftig anstatt 75 % nur noch 50 % Zuschuss geben für Investitionen. Das bedeutet, dass künftig hier bei der VBK sehr viel höhere Investitionskosten auf uns zukommen werden. Das Land seinerseits hat wiederum den Zuschuss für unsere Schienenfahrzeuge völlig gestrichen. Wir stehen vor größeren Herausforderungen denn je, gerade bei der VBK. Ich möchte hier an der Stelle alle Parteien, die im Land etwas zu sagen haben, doch sehr ermuntern, hier aktiv zu werden und ihre Leute dazu zu bringen, dass der öffentliche Nahverkehr in der Stadt stärker gefördert wird. Das darf nicht auf Kosten der Städte gehen.

Positiv sieht es bei der KMK aus. Ich freue mich immer wieder über die KMK, das Lieblingssteckenpferd des Kollegen Fostiropoulos. Er will sie ja am besten verkaufen. Wir haben hier tendenziell bessere Erträge als vor Jahren. Der operative Bereich wird immer besser. Hier an dieser Stelle Kompliment an die KMK. Ich freue mich über diese Entwicklung. Auch sehr erfreulich ist das Städtische Klinikum. Da kann man doch sagen, das ist eine tolle Entwicklung über die letzten zwei Jahre. Insgesamt möchte ich sagen, es sieht ganz gut in manchen Bereichen aus. Aber das, was in der KVVH auf uns zukommt, macht mir Sorge. Deswegen möchte ich sagen, dass diese Strukturkommission, die wir für die Stadt eingesetzt haben, total nötig ist auch für die städtischen Gesellschaften. Wenn wir das nicht hinbekommen, wenn wir keinen Verschlinkungsprozess hinbekommen, werden wir über kurz oder lang hier wirklich Schiffbruch erleiden. An dieser Stelle sollten wir nicht mit einem blauen Auge davonkommen, wir müssen eine Verschlinkung ins Leben rufen, hineinbringen in die Stadt, so dass wir wirklich gesunde Töchtergesellschaften haben.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Dieser Beteiligungsbericht, der uns vorgelegt wird, ist sozusagen eine Kurzfassung aller Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, im Wesentlichen nur 25 %. Die einzelnen Informationen dazu erhält man über den kompletten Jahresabschluss. Wenn man jetzt sieht, was hier auf vier Seiten zusammengestellt ist und was in einem Jahresabschluss steht und was die Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat noch diskutieren, so ist da eigentlich sehr wenig, was heute an Material zur Verfügung steht, um jetzt eine große Diskussion zu beginnen, wie es Herr Kalmbach gerade angesprochen hat, über die Frage z. B. KVVH, wie betrachten wir zukünftig den öffentlichen Nahverkehr hier im Bereich Karlsruhe. Das Problem ist bekannt. Wir wissen, dass die Bezuschussung durch KVVH, insgesamt der Verbund Strom, Gas und Verkehrsbetriebe, sich nicht mehr so entwickelt, wie wir es über Jahre hin gewohnt waren und wie wir es gehofft haben.

Ich wollte eigentlich diesen Beteiligungsbericht, der alles so kurz gefasst bringt, auch etwas mehr von oben betrachten, wie es die Stadt getan hat, die uns einen Überblick zur Verfügung gestellt hat, wo all die verschiedenen Zahlen aufnotiert und gezeigt sind, sodass man sehen kann, dass uns diese Tochtergesellschaften lieb und teuer sind. Immerhin 15 bis 16 Millionen fließen an Zuschüssen bzw. an Ergebnisübernahmen von den Gesellschaften an die Stadt. Die Stadt muss sich also mit diesen Beträgen daran beteiligen. Es sind aber Gesellschaften, die auch eben im Auftrag der Stadt im großen Bereich investieren. Welche Bedeutung diese Gesellschaften für uns haben, sieht man sowohl an der Zahl der Investitionen wie auch am Personalaufwand. Wenn man sieht, dass bei den Gesellschaften 440 Millionen Euro an Personalaufwand sind und bei der Stadt knapp 300 Millionen, dann sieht man schon, dass mehr Personalaufwand bei den

Gesellschaften ist als bei der Stadt, wobei die Zahlen nicht ganz vergleichbar sind, weil ja die Gesellschaften Pensionsrückstellungen bilden, die Stadt selber tut das nicht. Von der Größenordnung her kann man aber schon erkennen, dass diese Gesellschaften eine große Bedeutung haben. Die Investitionen, die dort vorgenommen werden, betragen immerhin 2014 400 Millionen Euro, während die Stadt selbst „nur“ 150 Millionen hier eingesetzt hat. Auch daran erkennt man die Bedeutung, die diese Beteiligungsgesellschaften für uns haben.

Natürlich ist immer eine Frage, wie wird das Ganze finanziert. Da wird hier auch aufgelistet, dass die Verschuldung, also die Darlehensverbindlichkeiten dieser Gesellschaften, steigen. Wir haben die Milliardenzahl überschritten. 1 Milliarde, 38 Millionen betragen die Darlehen der Gesellschaften im Jahr 2014. Bei der Stadt selbst waren es nur 168 Millionen Euro, wobei man natürlich sagen muss, dass die Stadt Bürgschaften für die Darlehensverbindlichkeiten der Gesellschaften eingegangen ist, damit die Zinsen günstig sind, letztendlich auch die Stadt dafür haftet, was hier passiert. Die Investitionen sowohl der Gesellschaften wie auch der Stadt selber müssen irgendwie finanziert werden. Normalerweise wäre es so, die Abschreibungen und ein Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt ist die Grundlage für die Investitionen. Der Restbetrag muss über Darlehen finanziert werden. Nicht nur in Karlsruhe ist es leider so, dass in den vergangenen Jahren im Verwaltungshaushalt keine Überschüsse erzielt wurden, sondern stattdessen sogar Verluste gemacht wurden, die dann auch mit Darlehen finanziert wurden. Aus diesem Grunde ist es ganz wichtig, dass die vom Oberbürgermeister eingesetzte Strukturkommission mit ihrer Arbeit zu einem Ergebnis kommt, das tatsächlich sicherstellen kann, dass dieses Defizit aus dem Verwaltungshaushalt nicht ins Uferlose steigt.

Die Zins- und Tilgungsleistungen betragen 2014 75 Millionen, Zinsen 33 Millionen. Da muss man, wenn man die Zahlen sieht, auch froh sein, dass die Zinsen so niedrig sind. Vieles könnten wir uns wahrscheinlich gar nicht leisten, wenn hier 2 bis 5 % Zinsen zu zahlen wären, weil das Ergebnis für uns dann viel schlechter wäre. Die Zahlen, die hier noch für 2014 ausgewiesen werden, sind gut, keine Frage, aber, Herr Kalmbach hat es angesprochen, wir müssen vorausplanen. Die Diskussion über die Entwicklung bei manchen Gesellschaften, wo man gegensteuern müsste, ob wir uns alles weiter so leisten können, wie wir es bislang tun, diese Frage muss relativ schnell angegangen werden, denn je schneller wir hier Maßnahmen ergreifen, um die Defizite zu reduzieren, desto besser ist es auch für unseren zukünftigen Haushalt.

Stadtrat Zeh (SPD): Wenn wir zuerst einen Blick auf die Personalentwicklung werfen, so sieht man, die Stadt hat in den letzten 10 Jahren die Mitarbeiter nahezu konstant bei 4.300 gehalten. Die Gesellschaften erhöhen ihre Zahl der Mitarbeiter auf jetzt über 7.000 kontinuierlich. Wir sprechen heute mal über unsere Gesellschaften, die sonst kaum mehr bei Gemeinderatsdebatten eine Rolle spielen. Ich erinnere nur an die früheren heftigen Debatten, z. B. bei den Tariferhöhungen der Verkehrsbetriebe. Ein Bereich macht uns in Bezug auf die Mitarbeiter aber Sorgen. Bereits letztes Jahr habe ich das Thema der fehlenden Straßenbahnfahrerinnen und -fahrer angesprochen. Bereits 2014 gab es Fahrplanreduzierungen. Es ist dieses Jahr mit der Grippewelle und jetzt zum Sommer noch viel schlimmer geworden. Wenn man die Mitarbeiterzahl der Verkehrsbetriebe ansieht, ist die Gesamtbelegschaft von 1.110 auf 1.150 gestiegen, bei der AVG auch von 734 auf 772. Das Problem der ausfallenden Fahrten besteht weiterhin. Hier

muss etwas getan werden. Bei gestiegenen Kosten ist erstmalig auch die Zahl der Fahrgäste bei der AVG gesunken von 71 Millionen auf 67 Millionen. Die VBK hat auf hohem Niveau die Fahrgastzahlen gehalten. Auch die Investitionen sind im Bereich der AVG und der VBK insgesamt imposant. Die neuen Straßenbahnwagen rollen verstärkt durch die Innenstadt. Aber es ist für uns als SPD unverständlich, dass diese deutlich mehr Lärm im Straßenraum machen als die alten Niederflurwagen. Innen sind sie barrierefrei, besser als die alten Wagen. Aber ich denke auch an unseren Lärmaktionsplan. Fahrgeräusche müssen deutlich reduziert werden. Dass neue Investitionen mehr und schlechter sind als alte, kann nicht hingenommen werden. Die SPD ist auf die Lösungsvorschläge der Geschäftsführer weiterhin gespannt. Der gute innovative Ruf unserer Verkehrsbetriebe unter Herrn Ludwig hat etwas gelitten. Wir hoffen, dass er bald wieder hergestellt wird als sicheres, sauberes und zuverlässiges Transportsystem in Karlsruhe.

Die Zahlungsströme zwischen der Stadt und der Gesellschaften erreichen mit minus 11,5 Millionen Euro nicht mehr ganz unseren Tiefstand mit 20,5 Millionen letztes Jahr. Herr Kalmbach hat es erwähnt, erstmalig hat die KVVH ein negatives Ergebnis. Die Begründung, Seite 39 ist klar. Das geringere Ergebnis der Stadtwerke, die EnBW-Dividende ist auch geringer ausgefallen, ist die Ursache. Auch in den kommenden beiden Jahren werden die Gesellschaften wegen der Umstellung auf dem Energiemarkt und den damit notwendigen Investitionen in neue Geschäftsfelder beim Ergebnis zu kämpfen haben.

Wir werden insbesondere beim Klinikum mit dem vielen geplanten Neubaumaßnahmen in Zukunft noch weitere Unterstützung für unsere Gesellschaft geben müssen. Für uns Sozialdemokraten ist das Klinikum der Maximalversorgung in Karlsruhe als Bestandteil der Daseinsvorsorge unverzichtbar. Daher begrüßen wir die Investitionen in einen verbesserten Ablauf, auch wenn das Ergebnis damit für längere Zeit belastet ist. Insgesamt werden bei unseren Gesellschaften 408 Millionen Euro investiert, rd. das Dreifache der städtischen Investitionen. So beispielsweise bei der Volkswohnung die dringend benötigten Wohnungen oder die Fernwärme als ökologische Heizungsversorgung bei den Stadtwerken. Dies führt insgesamt dazu, dass wir erstmalig mehr als 1 Milliarde Euro Verbindlichkeiten bei unseren Gesellschaften zusammen haben, aber auch die entsprechenden Vermögenswerte. Zins und Tilgung beanspruchen rd. 100 Millionen Euro 2014, eine ordentliche Summe.

Aber auch bei unseren vielen kleinen Gesellschaften stecken auch eine Menge an Problemen, die im dicken Bericht leicht untergehen, wenn man nicht bewusst sucht. So bei der KSBG natürlich die Zukunft der Europahalle. Die Sperrung sorgt dann für Verluste. Es wird nur über 2014 berichtet, aber wir wissen, dass im Laufe dieses Jahres noch Entscheidungen getroffen werden müssen. Die KMK, die Miete M 3, die Reinvestition der Erstellungskosten wird nie bezahlt. Instandhaltungs- und Erneuerungsprobleme der Messe werden uns in Zukunft einholen, die bereits vorhanden sind aufgrund des Brandschutzes bei der Stadthalle. Es gibt aber auch gute Nachrichten. Die Fächer GmbH hat im dritten Jahr hintereinander positive Zahlen. Die Fächerentwicklungs-GmbH nähert sich beim Projekt Alter Schlachthof dem Ende. Sie hat Kapazitäten frei, sodass man sich neu weiteren Aufgaben widmen kann. Eventuell werden wir heute noch darauf zurückkommen.

Im letzten Jahr ist als letztes die Majolika-Stiftung hinzugekommen. Ich führte damals aus: Künstlerisch sicherlich ein wertvolles Kleinod in Karlsruhe. Die privaten Stifter sind sehr engagiert. Ursprünglich ging die Stadt - als sie der Stiftung beitrug - davon aus, keine dauerhaften Zuschüsse leisten zu müssen. Die Stiftung wird die Majolika-Manufaktur stabilisieren. Diese verringert die Verluste, doch ob es ausreichen wird und wie die Zukunft aussieht, wissen wir heute noch nicht. Hier in diesem Bericht wird die Übersicht über die vielen einzelnen Gesellschaften offengelegt. Die SPD bedankt sich bei den Erstellern des Berichtes und nimmt diesen zustimmend zur Kenntnis. Vielen Dank.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Ich will mal mit etwas Positivem anfangen. Gleich am Anfang des Berichtes wird darauf hingewiesen, dass unser Antrag auf Frauenförderung in den Führungsebenen der städtischen Gesellschaften umgesetzt wird. Das hat uns natürlich sehr gefreut. Was dann danach an Erläuterungen kommt zeigt auch noch einmal deutlich, wie viel Handlungsbedarf besteht. In vielen Gesellschaften haben wir in der Geschäftsführungsebene überhaupt keine Frau sitzen. Auch in der zweiten und dritten Führungsebene sind die Frauen stark unterrepräsentiert. Da freut es uns, dass unsere Anregungen jetzt positiv aufgegriffen werden und man hier auch konzeptionell für Verbesserung sorgen will.

Insgesamt zeigt der Bericht mal wieder, das haben die Vorredner auch schon recht deutlich gesagt, dass der Raum, den die städtischen Gesellschaften insgesamt im Konzern Stadt einnehmen, immer noch steigt mit über 60 % des Personals und über 70 % der Investition - darauf wurde ja weitgehend auch schon hingewiesen - und mit Schulden, die mittlerweile die Milliardengrenze überschreiten. Da will ich im Einzelnen nicht mehr so viel dazu sagen. Bei den Schulden ist es immer so, da muss man halt sehr genau hingucken, für was die gemacht werden. Wenn beispielsweise die Volkswohnung Schulden macht, um jetzt in Mietwohnungen zu investieren, dann ist das natürlich richtig und wichtig. Es gibt eben auch Schulden, die weisen auf strukturelle Probleme hin. Da müssen wir uns dann im Einzelnen schon vieles auch genauer angucken. Wie auch schon die Vorredner erwähnt haben, die KVVH-Gruppe ist da sicher im Augenblick auch ein großes Sorgenkind, weil der Verlustausgleich zwischen Stadtwerken und VBK einfach absehbar in der Zukunft bei weitem nicht mehr möglich sein wird, und das - darauf muss man auch immer noch hinweisen - bei Folgekosten der Kombilösung mit einer Größenordnung von, ich sage jetzt mal, 25 Millionen im Jahr. Obwohl die jetzt in der zukünftigen Planung schon komplett durch die Stadt übernommen werden, wir haben einmal dieses hohe zweistellige Defizit, was dann von der Stadt sowieso übernommen wird, klappt der Verlustausgleich innerhalb der KVVH trotzdem nicht. Hier müssen wir tatsächlich an Maßnahmen ran. Das wird aber sehr schwierig sein. Da ist eine einfache Lösung noch nicht in Sicht, wenn ich gerade die VBK angucke. Wir wollen da auf gar keinen Fall am Personal sparen, denn man sieht schon heute, wie schnell eine Grippewelle das System wirklich zum Kollabieren bringt. Mit diesen Fahrtausfällen kann es so auch nicht weitergehen. Da muss noch Personal aufgebaut werden, gerade im Bereich der Fahrerinnen und Fahrer. Da sehen wir im Augenblick sehr wenig Einsparmöglichkeiten. Ganz wichtig ist natürlich, dass es eine Nachfolgeregelung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Bundesebene gibt. Das schwebt ja auch noch im Raum, dass das 2019 ausläuft. Im Augenblick sind die Mittel auch schon deutlich zu knapp, die der Bund an die Länder zahlt. Weil vorhin Kritik am Land kam, was

die Förderung angeht, muss man einfach sagen, das Land kann auch nur die Mittel, die es zur Verfügung hat, möglichst gut verteilen. Mit dieser Reduzierung der Förderquote des LVFG auf 50 % wurde immerhin erreicht, dass auch mehr Projekte gefördert werden können. Das muss man dabei auch immer betrachten.

Auf eine weitere Gesellschaft will ich noch eingehen, das ist die Baden-Airpark-Gesellschaft. Es hat sich jetzt glücklicherweise herausgestellt, dass immerhin das Finanzpolster Dank der großzügig geflossenen Investitionszuschüsse in den letzten Jahren doch so groß ist, dass es für die nächsten 10 Jahre ausreicht. Das ist erstmal beruhigend. Wir wollen keine weiteren städtischen Investitionszuschüsse mehr zahlen. Wir meinen auch, dass die GmbH diese Zeit von 10 Jahren wirklich nutzen muss, um finanziell auf eigene Füße zu kommen. Für uns ist klar, dass wir hier keine Nachfolgeregelung der bisherigen Rahmenvereinbarung wollen, die irgendwelche Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln in den Flugverkehr vorsieht.

Was das Klinikum angeht gab es hier im Raum etwas unterschiedliche Einschätzungen, auch wenn es im Jahr 2014 vielleicht etwas besser aussah. Langfristig hat natürlich auch das Klinikum wirklich ein strukturelles Problem aufgrund der unzureichenden Vergütungen. Auch hier ist die Bundesebene gefragt. Das können wir kommunal nicht lösen. Dennoch stehen wir natürlich auch zu den wichtigen Investitionsvorhaben, die jetzt im Klinikum angegangen werden mit den Neubauvorhaben, mit den Altbausanierungen. Wir meinen, dass die Stadt hier auch in Zukunft ordentlich zuschießen muss. Die bisher so im Raum stehenden 5 Millionen pro Jahr sind aus unserer Sicht nicht ausreichend. Da wird doch noch deutlich mehr kommen müssen.

Dann will ich noch auf zwei neue Gesellschaften eingehen, die Karlsruher Event GmbH und die Tourismus GmbH, die durchaus eine respektvolle engagierte Arbeit machen. Was ich aber leider in dem Beteiligungsbericht vermisst habe unter dem Ausblick, dass wir doch in den letzten Haushaltsberatungen beschlossen haben, dass die sich gemeinsam auch auf einen Konsolidierungsweg begeben und gemeinsam mit der KMK auch Vorschläge erarbeiten, wo Einsparungen möglich sind und sie so wieder auf das zurückkommen können, was ursprünglich Gemeinderatsbeschluss war, nämlich dass man im Vergleich zu der Zeit vor der Aufsplittung der Gesellschaften nur 300.000 Euro jährlich ausgeben will. Da vermisse ich sowohl Ansätze als auch Aussagen. Da habe ich den Eindruck, es soll doch so weitergehen wie bisher. Da werden wir aber durchaus kritisch auch weiter darauf achten, dass dieser Beschluss, den wir im Rahmen der Haushaltsberatungen hier gefasst haben, auch wirklich umgesetzt wird, und dass da auch bald Vorschläge kommen. Uns ist einfach wichtig, dass bei allem Respekt was da auch an neuen Ideen im Raum steht, dass die Stadt sich hier nicht noch mal zusätzliche Aufgaben auferlegt, denn wir müssen Aufgaben reduzieren. Es bleibt uns einfach keine Wahl. Wir können nicht immer noch mehr machen und noch mehr bezahlen. Wir sehen da einfach, dass dieser Weg eingeschlagen werden muss, wirklich zu sagen, das müssen wir jetzt sein lassen, das kann nicht Aufgabe der Stadt sein. Da sehen wir gerade bei der Event GmbH durchaus auch die Möglichkeit, hier nicht immer noch eines draufzusetzen.

Zusammenfassend befindet sich aus unserer Sicht der Konzern Stadt schon in einer durchaus schwierigen Situation. Es sind wirklich enorme Konsolidierungsanstrengungen

nötig, ohne dass wir schon so richtig sagen können, wo das im großen Umfang eigentlich stattfinden kann und soll. Der Konzern muss sich natürlich zukunftsfähig aufstellen. Für uns ist es wichtig, dass bei der ganzen Diskussion, die da jetzt kommt, dass man auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eng mit einbezieht, dass man da auch niemanden überfährt, sondern dass man hier gemeinsam zu Lösungen kommt, die einigermaßen tragfähig sind. Für uns kann ich sagen, wir werden den Prozess konstruktiv und aufmerksam begleiten und uns natürlich auch einbringen, wo dies möglich ist und hoffen, dass wir da einen guten Weg finden.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Zunächst auch von meiner Seite vielen Dank für den ausführlichen Bericht. Es wurde jetzt schon in drei langen Redebeiträgen viel dazu gesagt. Auch ich möchte erst mal ganz allgemein sagen, die Entwicklung im Bereich der KVVH ist zunehmend negativ wie in den allermeisten Gesellschaften. Entsprechend dem muss auch das ein wichtiger Beitrag sein bei der Haushaltskonsolidierung. Natürlich muss es auch in den städtischen Gesellschaften Strukturverbesserung geben, um eben das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben wieder in eine vernünftige Waage zu bringen.

Zum Zweiten ist es natürlich so, wir können vieles davon als Daseinsvorsorge deklarieren, aber irgendwann kommen wir dann in ein schwieriges Fahrwasser, weil wir in der Gemeindeordnung diese Sollregelung haben: Wirtschaftliche Betriebe der Kommune sollen einen Gewinn erwirtschaften. Das tun viele einfach nicht. Die Frage ist, wie lange man mit der Daseinsvorsorge sich drum herum winden kann.

Zum Dritten. Auch die Aufspaltung der KMK in Messe und Tourismus ist eigentlich für uns ein Beispiel, wie es nicht laufen sollte. Da schließe ich mich meiner Vorrednerin an. Hier ist ganz klar, die Aufspaltung hat strukturell höhere Ausgaben gebracht, hat also die Situation nach derzeitigem Stand verschlechtert. Von daher möchte noch einmal darauf hinweisen, sich da die Netto-Brutto-Geldflüsse von der Stadt an die Gesellschaften anzuschauen und da zu schauen, wo kann man es verbessern.

Zu einem anderen Thema möchte ich noch etwas sagen. Bei den Fahrern der Verkehrsbetriebe ist natürlich auch ganz wichtig, dass wir am Krankenstand arbeiten. Da wird schon vieles getan. Wir müssen jetzt schauen, dass in unseren Gesellschaften die Entwicklungen, die angestoßen werden, laufen. Wir müssen natürlich noch andere Entwicklungen anstoßen, weil noch nicht alles getan ist, was hier getan werden muss, um hier auf einen guten Weg zu kommen.

Stadtrat Hock (FDP): Kollege Kalmbach hat natürlich ganz am Anfang genau den Finger in die Wunde gelegt. Dieser Beteiligungsbericht zeigt uns allen hier im Hause, dass es strukturell in der nächsten Zeit an Dinge gehen wird, die meine Fraktion auch schon zum Teil angesprochen hat, wo es wehtun wird. Wir werden strukturell Änderungen vornehmen müssen. Wir werden auch nicht drum herum kommen, dies dann hier in diesem Hause gemeinsam durchzuführen. Für meine Fraktion ist klar, dass das nur zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geht. Das ist selbstverständlich. Auch dort wird sich schon in vielen Bereichen Gedanken gemacht. Wir sind sehr zuversichtlich, dass in den einzelnen GmbH's sich in vielen Bereichen dort auch etwas tun wird, nein, tun muss. Deshalb sind wir zuversichtlich, auch wenn vieles im Moment darauf hindeutet, dass es sehr schwierig wird, bis ins Jahr 2022 dieses riesige Defizit in

einen richtigen ausgeglichenen Haushalt wiederherzustellen. Das wird schwierig, aber wir sind zuversichtlich, dass wir das schaffen, aber nur zusammen mit diesem Haus und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird dies gelingen. Wir werden eine riesige Kraftanstrengung unternehmen müssen, um dies zu bewerkstelligen. Meine Fraktion glaubt fest daran, dass wir das hinbekommen. Deshalb heute der Dank an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für den Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2014. Wir wissen alle, ja, es kommt einiges auf uns zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch ich möchte mich dem Herrn Kalmbach mit seiner umfassenden Kritik anschließen. Was mich allerdings wundert, dass der Herr Zeh, dass die Frau Lisbach und auch der Kollege von der KULT beklagen, dass es keine Quersubventionierung der KVVH von den Stadtwerken mehr gibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Ergebnis der Politik Ihrer Parteien. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz können auch die kommunalen Stadtwerke auf absehbare Zeit keinen Gewinn mehr erzielen. Wenn wir an der einen Stelle ein paar tausend Euro über Subventionen abgreifen, weil wir Photovoltaikanlagen selber bauen oder weil wir in irgendwelche Windkraftanlagen investieren, dann bedeutet das zur gleichen Zeit über denselben Mechanismus, das uns an anderer Stelle Millionen kostet, auch über die Dividende der EnBW, die massiv unter dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz leidet und den dadurch massiv wegfallenden Steuergeldern. Darüber sollten Sie sich im Klaren sein. Es ist Ihre Politik, die dazu geführt hat. Von den deutschlandweit agierenden Parteien ist als einzige die AfD gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich versuche es jetzt einmal hinzukriegen als Letzter beim Redebeitrag, damit nicht alles wiederholt wird, was Kollege Kalmbach an Kritik an den sogenannten Schattenbanken, wie ich sie mal genannt habe, hatte. Ich fange mal mit dem Positiven an. Die Gesellschaften sind ein sehr großer Arbeitgeber mit sehr vielen Beschäftigten. Wir haben es gehört, fast 60 % der Beschäftigten des Gesamtkonzerns Stadt und 70 % des Kapitals gehen in die Gesellschaften. Sie sind Teil der Daseinsvorsorge. Wir haben auch die Kritik gehört vom Kollegen Wohlfeil. Sie sind aber auch eine Gefahr, wenn wir nicht aufpassen, hier gegenzusteuern. Dieser Beteiligungsbericht bedeutet für mich als Einzelstadtrat, der nicht in den Aufsichtsräten ist, sehr viel. Er ist für mich so eine Bilanz des Geschehenen. Ich bin ein bisschen unzufrieden damit, das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich vermisse hier diese Risikobewertungen für die Zukunft in manchen Punkten. Es ist klar, dass man ein Geschäftsunternehmen wie die KASIG letztendlich positiv bewertet und hofft, dass alles so kommt, wie es kommen soll, auch bei den Bädern. Man sollte auch eine Ehrlichkeit uns gegenüber zeigen, wo die Gefahr ist.

Wir haben es gehört, über 1,038 Milliarden betragen die Bankverbindlichkeiten. Das ist ein Brocken. Wir haben es auch von den Kollegen gehört, wie gehen wir damit um, wie steuern wir dem entgegen. Vorschläge hier kann ich als Außenstehender, als gemeiner Stadtrat, Betonung auf gemein, nur erahnen. Wir müssen uns in Zukunft wirklich überlegen, ob wir uns das eine oder andere wirklich leisten wollen und die Reißleine ziehen, uns vielleicht auch trennen müssen von dem einen oder anderen, was uns lieb geworden ist oder vielleicht eine gewisse Rückführung wieder in den städtischen Haushalt. Ich bitte daher alle hier Sitzenden sich zu überlegen, wenn wir in die Strukturmaßnahmen für den Haushalt gehen, auch hierhin zu schauen. Es ist gut, das haben wir gehört, wenn die Volkswohnung baut. Aber wir wissen, jedes Gebäude, jedes Betongold fängt

auch wieder an zu bröseln. Wir haben es in der Vergangenheit gesehen, welche Gebäude, von der Stadthalle bis zur Europahalle, wieder erneuert werden müssen. Wir sollten weitsichtig handeln. Meine Bitte ist, in Zukunft einen solchen Bericht auch mit einem Ausblick für die Zukunft zu erstellen, mittelfristig und langfristig, damit man hier entsprechend gegensteuern kann. Mehr und Schlechteres will ich heute an der Stelle jetzt nicht sagen.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Zunächst mal vielen Dank für das Lob, auch für den Bericht. Das ist auch eine Anerkennung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Ihnen diesen Bericht jährlich zusammenfassen. Es zeigt sich auch, dass unser Schritt, eine kurze Zusammenfassung voranzustellen, der richtige Weg ist, um Sie komprimiert über diese Ergebnisse des letzten Jahres zu informieren. Bereits bei der Haushaltseinbringung, Herr Stadtrat Kalmbach, wurde das Defizit der KVVH von mir aufgezeigt bis 2019 minus 35 Millionen. Deswegen fordern wir auch bei dem gestarteten Stabilisierungsprozess, den Sie ja mit einer Grundsatzentscheidung mitgetragen haben mit den Eckpunkten in den nächsten sieben Jahren einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erzielen, einen Beitrag der Beteiligungen. Dass neue Aufgaben, zusätzliche Mittel, nur noch mit Gegenfinanzierung in diesem Haus beschlossen werden sollen, außer es gibt gesamtstädtische Grundsatzentscheidungen, die eine zusätzliche Belastung rechtfertigen würden, zeigt, dass wir da auf dem richtigen Weg sind. Im Rahmen der Strukturkommission haben wir Ihnen dargestellt, dass neben diesem mitarbeiterorientierten Prozess, der jetzt gestartet wird - diese Woche haben die so genannten Auftakt-Workshops in den einzelnen Ämtern begonnen -, wir einen zweiten Strang aufgebaut haben, nämlich die so genannten dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppen. Eine davon beschäftigt sich genau mit dem Thema, wie gehen wir eigentlich mit der Situation bei der KVVH um. Frau Lisbach hat zu Recht gesagt, es gibt eine Aussage der Stadt Karlsruhe, dass ab 2020 das Defizit für die Kombilösung, weil es eine Infrastrukturprojekt der Stadt ist, übernommen wird aus dem Kernhaushalt.

Natürlich, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, erwirtschaften die Stadtwerke Gewinne, nur sind sie nicht mehr so hoch wie früher. Das ist der Unterschied. Es ist nicht so, dass die Gewinne nicht da sind, nur die Defizite, die bei der VBK durch verschiedene Entscheidungen, auch durch Landesentscheidungen der Parteien jeglicher Couleur, entstanden sind, nicht mehr ausreichen, um diese Defizite auszugleichen. Deswegen haben die Geschäftsführer der KVVH einen Auftrag, dieses wieder hinzubekommen, nämlich einen Ausgleich, dass die Gewinne ausreichen, um die Defizite zu kompensieren. Das wird nicht einfach. Da werden wir natürlich schon in diese strukturelle Entscheidung eintreten müssen. Dann wird nicht mehr nur allgemein, wir müssen Standard senken, wir müssen Maßnahmen aufgeben, sondern dann wir es konkret. Dann sind Sie gefordert, dieses natürlich auch entsprechend positiv zu begleiten. Das habe ich jetzt aufgenommen, dass Sie diesen Weg gehen wollen.

Frau Lisbach, ich würde gerne noch aufgreifen das Thema mit den so genannten Holdinggesellschaften KMK, Tourismus, Event und auch Stadtmarketing. Deren Auftrag aus den Haushaltsberatungen ist ebenfalls eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe. Wir haben Ihnen zugesagt, dass bei der Einbringung des Wirtschaftsplanes 2016 genau dieses aufgeschlüsselt wird, dass Sie im Hauptausschuss im 4. Quartal eine entsprechende Vorlage bekommen. Da arbeiten die Gesellschaften mit Hochdruck dran. Ich denke, da

sind wir gut im Zeitplan, weil wir natürlich auch diese Hausaufgabe erledigen. Nur dies wird auch nicht ausreichen. Zusätzlich müssen wir uns Gedanken machen über die Strukturen unserer Beteiligungen.

Da bin ich dann bei einer dritten dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe. Wir diskutieren auch: Können wir in anderen Bereichen andere Strukturen schaffen. Brauchen wir jede Gesellschaft. Brauchen wir andere Gesellschaftsformen, um halt diesen Konzern für die Zukunft aufzustellen. Da sind wir noch nicht so weit bei dieser Arbeitsgruppe. Natürlich ist das aber auch ein Prüfpunkt. Das Ziel muss sein, das hat auch Ihre Diskussion gezeigt, es reicht halt nicht nur auf den Ergebnishaushalt zu schauen und auf den Finanzhaushalt, wir müssen auch die Beteiligungen oder andersherum, wir müssen den Konzern der Stadt Karlsruhe auf den Prüfstand stellen. Der Konzern der Stadt Karlsruhe muss zukunftsfähig sein. Das haben wir mit diesem Prozess gestartet. Wir hoffen, dass wir Ihnen da auch Vorschläge übermitteln und mit Ihnen diskutieren können, dass wir auch Entscheidungen fällen können. Dazu bedarf es sehr viel Mut. Mut, Mut, Mut, habe ich letztens bei einer Führungsrunde gesagt, ist gefordert. Diesen Mut muss auch der Gemeinderat aufbringen.

Der Vorsitzend: Vielen Dank. Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Dann sind Sie mit mir der Meinung, dass wir das alle zur Kenntnis genommen haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
11. August 2015